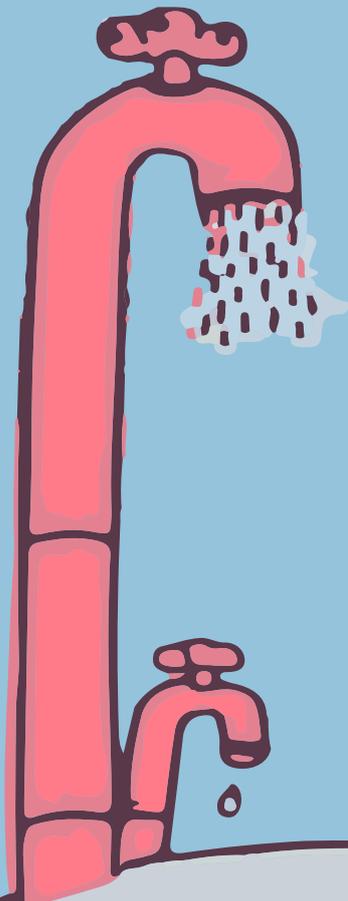


FESTGESTELLT

GLOBALER TREND DER
REKOMMUNALISIERUNG
DES WASSERS



180 Fälle in 2014

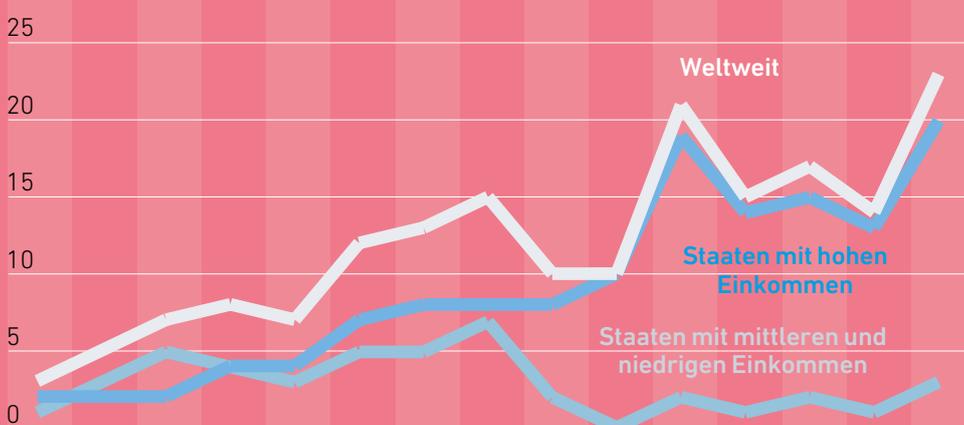
3 Fälle in 2000

REKOMMUNALISIERUNGSTREND WEITWEIT 2000-2014

Zahl der Städte, die zwischen 2000 und 2014 die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung rekommunalisiert haben.

IM JAHR:

2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014



180

Fälle insgesamt weltweit

136

Alle Fälle aus Staaten mit hohem Einkommen

44

Alle Fälle aus Staaten mit mittleren und niedrigem Einkommen



NACHLAND:

Quellen: PSIRU, Food & Water Watch, Corporate Accountability International, Remunicipalisation Tracker

Verfasser: Emanuele Lobina, Satoko Kishimoto, Olivier Petitjean

JULI 2015

Veröffentlicht von Public Services International Research Unit (PSIRU), Transnational Institute (TNI) und Multinational Observatory

Die deutsche Ausgabe wurde in Zusammenarbeit mit der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. erstellt.

Edited by Madeleine Bélanger Dumontier

Layout von Ricardo Santos

Übersetzt von Christa Hecht

Danksagung: Wir möchten Mary Grant von Food&Water Watch und Corporate Accountability International für die Informationsbeschaffung zu den Beispielen aus den USA danken; Eloi Badia für die Beisteuerung der Informationen aus Spanien; Lavinia Steinfort und Vladimr Popov für die Unterstützung bei der Forschung; und Nick Buxton und Olivier Hodemann für die kritische Überprüfung des Berichts. Dieses Weißbuch fasst die wesentlichen Ergebnisse eines in Kürze erscheinenden Buches über Rekommunalisierung zusammen.

FESTGESTELLT

GLOBALER TREND DER REKOMMUNALISIERUNG DES WASSERS

EINLEITUNG

Städte, Regionen und Staaten entscheiden sich weltweit, das „Buch der Wasserprivatisierung zu schließen“ und die Versorgung zu „rekommunalisieren“, indem sie das Wasser- und Abwassermanagement in öffentliche Hände zurückholen. In vielen Fällen ist das die Antwort auf die falschen Versprechungen von privaten Unternehmen und deren Scheitern, den Anforderungen der Gemeinden vor ihren Profitinteressen nachzukommen. In der vorliegenden Ausarbeitung wird die wachsende Zahl von Rekommunalisierungen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung als stärker werdender weltweiter Trend geschildert. Damit wird ein möglichst vollständiger Überblick über die bisher bekannten Fälle gegeben.

In den letzten 15 Jahren haben 180 Rekommunalisierungen von Wasser in 35 Staaten stattgefunden, sowohl im globalen Norden als auch im Süden mit spektakulären Fällen in Europa, Amerika, Asien und Afrika. Darunter sind Großstädte wie Accra (Ghana), Berlin (Deutschland), Buenos Aires (Argentinien), Budapest (Ungarn), Kuala Lumpur (Malaysia), La Paz (Bolivien), Maputo (Mozambique) und Paris (Frankreich). Im Gegensatz dazu gibt es in diesem Zeitraum nur wenige Privatisierungen in den weltgrößten Städten wie beispielsweise Nagpur (Indien), begleitet von großem Widerstand und Kritik und Jeddah (Saudi Arabien). Trotz mehr als dreier Jahrzehnte unablässiger Förderung von Privatisierungen und öffentlich-privater Partnerschaften durch internationale Finanzinstitutionen und nationale Regierungen, erscheint sich nun die Wasser-Rekommunalisierung als bleibende Politikoption zu etablieren. Konkrete Erfahrungen mit bekannten Problemen von privater Wasserversorgung – von unterbliebenen Investitionen in die Infrastruktur über Tarifierhöhungen bis zu Umweltgefahren – haben viele Kommunen und Politiker die Überzeugung

gewonnen, dass der öffentliche Sektor besser dazu geeignet ist, Servicequalität für die Bürger zu sichern und das Menschenrecht auf Wasser umzusetzen.

Rekommunalisierung besteht in der Rückführung von vorher privatisierter Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu lokalen Stellen oder in öffentliche Kontrolle im weiteren Sinne. Das geschieht typischerweise nach der Beendigung von Verträgen von lokalen Verwaltungen mit privaten Unternehmen oder der Nichterneuerung der Verträge. Dieser Prozess vollzieht sich aber nicht nur auf der kommunalen Ebene. Regionale und nationale Behörden haben beachtlichen Einfluss auf die Finanzierung der Dienstleistungen und die Politik, und in einigen Fällen agieren sie auch direkt als Wasserversorger, deshalb müssen diese Veränderungen in einem größeren Rahmen betrachtet werden.

In welcher Form oder welchem Ausmaß auch immer, Rekommunalisierung ist grundsätzlich eine gemeinsame Reaktion auf die fehlende Nachhaltigkeit der Privatisierung von Wasser und von öffentlich-privater Partnerschaft. Weil Privatisierung so verpönt ist, haben private Unternehmen ihr Marketing und ihre Meinungsmache darauf ausgerichtet, die Bevölkerung glauben zu lassen, dass Konzessionen, Leasingverträge und andere PPP's etwas anderes seien als Privatisierung. Das sind sie aber nicht. Faktisch beziehen sich alle diese Bezeichnungen auf den Transfer von der Erbringung von Dienstleistungen und deren Kontrolle vom öffentlichen in den privaten Sektor. Politiker müssen sich jedoch die hohen Kosten und Risiken der Privatisierung von Wasser bewusst machen. Sie sollten erkennen, dass sie von den Erfahrungen derer lernen können, die sich für Rekommunalisierung entschieden haben und die nun daran arbeiten, eine demokratische, verantwortliche und effektive öffentliche Wasserwirtschaft zu entwickeln.

HAUPTERKENNTNISSE

1 *Wasser Rekommunalisierung ist ein wachsender Trend*

Im Oktober 2014 stehen auf der globalen Liste von Wasser Rekommunalisierungen, die von 2000 bis 2014 durchgeführt wurden, 180 Fälle. Da die Aufzeichnungen dieses Prozesses noch am Anfang stehen, erwarten wir, während wir daran arbeiten, dennoch auf viel mehr Fälle zu stoßen. Dieser starke Rekommunalisierungstrend ist sowohl im globalen Norden, als auch im globalen Süden zu beobachten: 136 Fälle wurden in Staaten mit hohem Einkommen festgestellt, in denen lokale Behörden auf größere Verwaltungskörper zurückgreifen können und die weniger von den Kreditbedingungen von internationalen Banken abhängig sind. Dagegen wurden 44 Fälle in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen gefunden. Im globalen Norden beinhaltet die Liste von Städten, die ihr Wasser rekommunalisiert haben, Hauptstädte von Frankreich und Deutschland wie Paris und Berlin und Großstädte in den USA wie Atlanta und Indianapolis. Neben Fällen mit starkem symbolischem Charakter in Städten wie Paris, entscheiden sich auch kleinere Kommunen für die öffentliche Kontrolle. So haben sich zum Beispiel allein in Frankreich mehr als 50 Kommunen für die Beendigung der Verträge über private Betriebsführung entschieden oder sie beabsichtigen nicht, diese Verträge zu erneuern. Im globalen Süden beinhaltet die Rekommunalisierung frühere Flaggschiffe der Wasserprivatisierung wie Buenos Aires (Argentinien), La Paz (Bolivien), Johannesburg (Südafrika), Dar es Salam (Tansania) und Kuala Lumpur (Malaysia). In Jakarta (Indonesien) läuft eine immer größer werdende Kampagne für die Rekommunalisierung der städtischen Wasserversorgung.

2 *Rekommunalisierung beschleunigt sich dramatisch*

Die Zahl der Fälle in Ländern mit hohem Einkommen zeigt eine beachtenswerte Beschleunigung: 81 fanden von 2010 bis 2014 statt, während nur 41 zwischen 2005 und 2009 vorkamen. Somit hat sich das Tempo der Rekommunalisierung innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Dieser Trend ist sogar in einigen Ländern wie Frankreich stärker: Acht Fälle zwischen 2005 und 2009 im Vergleich zu 33 Fällen seit 2010. Die besonders beachtete Rekommunalisierung von Paris hat besonders viele Kommunen in und außerhalb von Frankreich wie Spanien nach sich gezogen.

3 *Die Gründe für Rekommunalisierung sind universal*

Wie weiter unten in den Fallbeispielen erläutert wird, sind die Faktoren für Rekommunalisierung weltweit gleich. Die falschen Versprechungen von Wasserprivatisierung, die zur Rekommunalisierung führen, sind: Schlechte Leistung von privaten Unternehmen (z.B. Dar es Salam, Accra, Maputo), zu niedrige Investition (z.B. Berlin, Buenos Aires), Streit über die Betriebskosten und Preiserhöhungen (z.B. Almaty, Maputo, Indianapolis), hohe Wasserrechnungen (z.B. Berlin, Kuala Lumpur), Schwierigkeiten in der Überwachung privater Betriebsführer (z.B. Atlanta), Mangel an Transparenz über die Finanzen (Grenoble, Paris, Berlin), Beschäftigungsabbau und schlechte Servicequalität (Atlanta, Indianapolis).

4 *Rekommunalisierung erfolgt meistens durch Vertragsbeendigung*

In den meisten Fällen von Rekommunalisierung weltweit werden die Verträge vor dem Ablauf beendet, ausgenommen in Frankreich, wo die meisten örtlichen Verwaltungen bis zu dem Zeitpunkt gewartet haben, zu dem die Erneuerung der Verträge anstand, um die Privatisierung zu beenden. Global betrachtet erfolgte in 92 Fällen die Beendigung der Verträge durch Kündigung, während in 69 Fällen die Verträge nach Vertragsablauf nicht erneuert wurden. Das bedeutet, dass sich in der Mehrheit der Fälle die Verträge mit privaten Unternehmen als so wenig nachhaltig herausgestellt haben, dass die örtlichen Verwaltungen sich für die Rekommunalisierung entschieden haben, obwohl sie wussten, dass sie Entschädigungen zu zahlen hatten. Dabei ist der erstbeste Weg zur Vermeidung von Kosten für die Rekommunalisierung, erst gar nicht zu privatisieren. Das lässt vermuten, dass die Beendigung der Verträge auf längere Sicht günstiger und sogar oft mit weniger Kosten verbunden ist, als die Weiterführung der Privatisierung.

5 *Führende Staaten im Rekommunalisierungstrend sind diejenigen mit langer Erfahrung mit privater Wasserwirtschaft*

Es ist kein Zufall, dass Frankreich, der Staat mit der längsten Geschichte der Wasserprivatisierung und das Heimatland der führenden Wasser-Multis, so viele Fälle von Rekommunalisierung aufweist. Französische lokale Verwaltungen und Bürger haben unmittelbare Erfahrungen mit dem Modell des privaten Wassermanagements, das Veolia und Suez in die ganze Welt exportiert haben. In den letzten Jahren haben viele französische Städte entschieden, in die Fußstapfen von Grenoble und Paris zu treten und die Kontrolle über ihre Wasserversorgung wieder zu erlangen. Eine noch größere Anzahl von Verträgen wird in den nächsten Jahren zur Erneuerung anstehen und es ist zu erwarten, dass noch mehr französische Städte rekommunalisieren werden.

6 *Rekommunalisierung führt zu einem besseren Zugang und höherer Qualität der Versorgung*

Sobald die Profitsteigerung der Privaten entfällt, führt die Wasser-Rekommunalisierung oft zu verbessertem Zugang und höherer Qualität der Dienstleistung. Wasserversorgung bei niedrigeren Kosten und Preisen kann in vielen Fällen wie Paris (Frankreich), Arenys de Munt (Spanien), Almaty (Kasachstan) festgestellt werden. In einigen Fällen hat der öffentliche Versorger auch die Investitionen in die Wasserinfrastruktur entschieden erhöht, wie in Grenoble (Frankreich), Buenos Aires (Argentinien) und Arenys de Munt (Spanien). Die sozialen Vorteile der Wasser-Rekommunalisierung sind erkennbar in Arenys de Munt, wo die örtliche Verwaltung und der öffentliche Versorger das Tarifsystem so geändert haben, damit auch Haushalte mit niedrigem Einkommen der Zugang zur Wasserversorgung garantiert wird. In Buenos Aires wurde das Ziel der Sicherstellung des Zugangs zu Wasser für Alle vom neuen öffentlichen Versorger AYSA mit höchster Priorität betrieben und die Investitionen in die Infrastruktur erhöht. Seit der Rekommunalisierung hat AYSA die Fortbildungsprogramme für die Beschäftigten, die in Armenvierteln arbeiten, ausgeweitet, um die Anschlussrate zu erhöhen.

7 *Rekommunalisierung erschließt neue Möglichkeiten einer demokratischen Verwaltung*

Rekommunalisierung erlaubt mehr Anstrengungen für Erschwinglichkeit und Transparenz. In Paris und Grenoble führten die neuen öffentlichen Wasserversorger erweiterte Formen von öffentlicher Beteiligung ein. Erstmals sitzen Vertreter der Zivilgesellschaft mit gleichen Rechten neben Vertretern der Lokalverwaltung im Aufsichtsrat. Das ermöglicht der Zivilgesellschaft eine Mitwirkung an Entscheidungen der Geschäftsführung für die wichtigsten öffentlichen Leistungen der Daseinsvorsorge und der Einflussnahme im Sinne des Allgemeininteresses. Zusätzlich werden Bürgerbeobachtungsstellen eingesetzt, die in strategische Investitionsentscheidungen, technische Fragen und die Tarifgestaltung eingebunden werden. Beide Städte gehen von der Überlegung aus, dass die volle Offenlegung von Informationen eine fundamentale Bedingung für Bezahlbarkeit, Transparenz und Beteiligung ist.

8 *Rekommunalisierung beinhaltet externe Risiken einschließlich etwaiger Rechtsstreitigkeiten*

Erfolgreiche Rekommunalisierung erfordert sorgfältige Planung und Bewertung externer Risiken besonders in Ländern des Südens, die unter dem Einfluss von Privatisierung befürwortenden Agenturen stehen. Entscheidungsträger müssen sich bewusst sein, dass die Transaktionskosten von Rekommunalisierung Schadensausgleichszahlungen an private Unternehmen für ihre entgangenen Gewinne nach sich ziehen können. Wenn ein Vertrag mit Privatunternehmen vor dem Ende der Vertragslaufzeit beendet wird, können die Privatunternehmen die lokalen Regierungen auf die Zahlung der vollen entgangenen Gewinne verklagen. Ein privater Konzessionär hat in Arenys de Munt, Spanien, durch eine Beschwerde gegen den Stadtrat den Rekommunalisierungsprozess stark behindert. Die Stadt Indianapolis, USA, wurde gezwungen 29 Millionen Dollar als Schadenersatz an die französische Multinationale Gesellschaft Veolia zu zahlen, weil sie einen 20-Jahresvertrag ein Jahrzehnt früher beendet haben. Die Einwohner von Berlin müssen hohe Kosten wegen des Rückkaufs der Anteile privater Investoren hinnehmen. Private Konzessionäre von Süd-Tucuman und Buenos Aires, Argentinien, klagen auf hohe Ausgleichszahlungen vor einem internationalen Schiedsgericht. Das Risiko hoher

Entschädigungskosten kann die Entscheidungsfindung von Kommunalverwaltungen, die eine Vertragsbeendigung und Rekommunalisierung erwägen, beeinflussen (zum Beispiel Jakarta, Indonesien, Szeged Ungarn, Arezzo, Italien). Aber in anderen Fällen sind die Vorteile so klar, dass die lokalen Behörden die Risiken in Kauf nehmen.

9 Öffentlich-Öffentliche Partnerschaften können Rekommunalisierung Anstrengungen unterstützen

Öffentliche Wasserunternehmen und andere nationale oder regionale Verbände helfen sich immer mehr untereinander in Rekommunalisierungsverfahren. In Spanien erleichterte das regionale öffentliche Unternehmen Aguas del Huesna (Spanien) die Rekommunalisierung in 22 Kommunen. Die rekommunализierten Wasserunternehmen von Paris und Grenoble spielten eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung anderer lokaler Behörden in Frankreich und anderswo bei der Rekommunalisierung

und der Verbesserung der Wasserversorgung. Lokale französische Behörden und öffentliche Wasserversorger haben vom Erfahrungsaustausch und dem Wissen über Rekommunalisierung profitiert, das von Kommunalverbänden und öffentlichen Unternehmen bereitgestellt wurde. Die regionale Institution CONGIAC in Katalonien spielte eine Schlüsselrolle bei der Rekommunalisierung von Arenys de Munt. Es gibt noch weitere Beispiele über die Grenzen hinweg: Nach gescheiterten Experimenten mit Öffentlich-Privater Partnerschaft, ging die Mosambikanische Regierung in eine nicht gewinnorientierte Partnerschaft mit einem Niederländischen öffentlichen Wasserunternehmen mit dem Schwerpunkt auf den Aufbau lokaler Handlungsfähigkeit ein. Die Kooperation zwischen öffentlichen Wasserunternehmen als Teil von Öffentlich-Öffentlicher Partnerschaft ist als Alternative zu teuren Öffentlich-Privater Partnerschaften zu sehen und der effektivste Weg, öffentliche Wasserbehörden bei der Verbesserung der Versorgung zu unterstützen.

BOTSCHAFTEN FÜR POLITIKER UND LOKALE BEHÖRDEN

Dieser Bericht ist die erste umfassende weltweite Kartierung von Wasser-Rekommunalisierungen während der letzten 15 Jahre. Aus den Ergebnissen der Untersuchung lassen sich wichtige Botschaften an die Politiker im globalen Norden und Süden ableiten.

1 Unterlasse die Privatisierung der Wasserversorgung oder das Eingehen von Öffentlich-Privater Partnerschaft

Politiker und öffentliche Amtsträger, die überlegen, die Wasserversorgung in den privaten Sektor zu überführen, sollten die Risiken bedenken und von den Fehlern anderer lokaler Behörden lernen. Bevor Wasserprivatisierung und Öffentlich-Private Partnerschaft die verheißene Effizienz und Innovation aus dem privaten Sektor bringen, erwachsen beinahe systematisch negative langfristige Konsequenzen für die Kommunen und ihre Verwaltungen. Die vorzeitige Beendigung nicht zufriedenstellender Verträge mit privaten Unternehmen ist nicht leicht wegen des Risikos von Ausgleichszahlungen in Millionenhöhe.

2 Rekommunalisierung ist ein probates Mittel gegen die nicht eingehaltenen Versprechungen von Wasserprivatisierung und Öffentlich-Privater Partnerschaften

Es gibt viel zu lernen von öffentlichen Verwaltungen und Kommunen für die Rekommunalisierung und die Förderung guter Qualität von Wasserversorgung. Politiker, die überlegen, unbefriedigende Verträge mit privaten Wasserunternehmen zu beenden, können wichtige Lehren aus den 180 Beispielen im globalen Norden und Süden ziehen, die erfolgreich ihre Wasserversorgung rekommunализiert haben. Mehr noch, Rekommunalisierung ist die Chance, die öffentliche Wasserversorgung neu zu erfinden und sie effektiver und ertragreicher für die Kommunen zu machen. Öffentliche Versorger, regionale und nationale Wasserverbände sind ebenso wie Bürgerinitiativen immer besser darauf vorbereitet, eine Rekommunalisierung zu unterstützen. Solidarität, Zusammenarbeit, und Partnerschaften zwischen öffentlichen Verwaltungen können den Weg für Demokratisierung und umfassendere nachhaltige Wasserwirtschaft freimachen.

BEISPIELE VON WASSER-REKOMMUNALISIERUNG

Die folgenden 13 Fälle fangen einige durchgehend feststellbare Erkenntnisse in Bezug auf die Rekommunalisierung von Wasser im globalen Norden und Süden ein. Sie geben den Prozess, die Faktoren und die Ergebnisse wieder.

Grenoble, Frankreich

Ein umstrittener Betriebsführungsvertrag, der in 1989 an eine Suez-Tochtergesellschaft vergeben

worden war, wurde als Ergebnis von Korruption und bei der Überprüfung durch die regionale Aufsicht als unwirtschaftlich kritisiert. Durch Neuverhandlungen wurde der Vertrag 1996 umgewandelt und in ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Kommunalverwaltung gegründet. Aber auch der neue Vertrag war umstritten. Der geänderte Vertrag sah für den Versorger weitere Dienstleistungen für Suez über Unterverträge vor und garantierte eine steigende Vergütung des Versorgers, allerdings ohne zusätzliche Betriebsführungsrisiken. Außerdem wurde der Rechtsweg für kommunale Entscheidungen und Verträge ausgeschlossen. 2000 wurde die Entscheidung zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung getroffen, die 2001 mit der Beendigung des Vertrags mit der Suez-Tochter umgesetzt wurde. Begründet wurde das mit der fehlenden Transparenz, den ausufernden Preisen und der Korruption, die dem Zustandekommen zugrunde lag. Der kommunale Wasserversorger, Régie de Grenoble (REG), hat die Ausgaben für Investitionen für Instandhaltung und Erneuerungen im Vergleich zum vorherigen privaten Versorger verdreifacht bei Gebühren auf einem niedrigeren und stabilen Niveau. Eine erweiterte Form der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entscheidungsfindung wurde bei dem neuen öffentlichen Unternehmen über ein Drittel von Bürgervertretern im Aufsichtsrat eingeführt. Die übrigen zwei Drittel sind Stadträte (Lobina und Hall, 2007).

In 1984 wurden zwei 25-Jahresverträge für die Wasserversorgung von Paris mit Suez und Veolia abgeschlossen

Paris, Frankreich

(jede Gesellschaft deckte die Hälfte der Stadt ab). In 2000 wurden die Verträge durch die regionale Aufsichtsbehörde wegen des Mangels an Transparenz über die Finanzen kritisiert und in 2002 fand eine städtische Kommission bei der Überprüfung, dass die Preise, die von den Betriebsführern in Rechnung gestellt wurden, 25 - 30 % höher waren als die wirtschaftlich nachgewiesenen Kosten. In 2003 fand die nationale Aufsichtsbehörde eine große und sich vergrößernde Lücke zwischen den Rückstellungen, die von den Betriebsführern für die

Instandhaltung eingestellt wurden und den Maßnahmen, die tatsächlich durchgeführt wurden. Im Endeffekt war dieses Vorgehen eine Preisinflation mit gleichzeitig aufgeschobener Instandhaltung. Zusätzlich mussten die Versorger verschiedene Abgaben für „Fachwissen“ an die Mutterkonzerne abführen. Die zwei Betriebsführer vergaben Unteraufträge für Instandhaltung an weitere Tochterfirmen des jeweiligen Konzerns, so dass die Konzerne zusätzliche Gewinne realisieren konnten. Weil diese Situation trotz der Erneuerung der Verträge in 2003 über Jahre weiter bestand, entschloss sich die Stadt Paris die Kontrolle über ihre Wasserversorgung wieder zu erlangen. Die Rekommunalisierung wurde im Januar 2010 nach Auslaufen der zwei Verträge mit den Privaten Suez und Veolia durchgeführt. Die Verträge wurden wegen des Mangels an Transparenz in der Wirtschaftsführung und Rechnungslegung, die wiederholt von der öffentlichen Aufsichtsbehörde kritisiert wurden, nicht erneuert.

In den ersten Jahren der Betriebsführung realisierte der neue kommunale Versorger Eau de Paris Effizienzgewinne von 35 Mio. €, die eine 8%ige Tarifsenkung möglich machten. Bis heute kann der Preis für Wasser und Abwasser in Paris weit unter dem Durchschnitt in Frankreich gehalten werden, trotz der spezifischen technischen Schwierigkeiten die die Trinkwasserversorgung in Großstädten mit sich bringt. Eau de Paris engagierte sich auch in Solidaritätsaktivitäten: sie erhöhten die Beiträge zum städtischen Solidaritäts- und Unterstützungsfond (von 175.000 € auf 500.000 €), zahlten eine Solidaritätsunterstützung an 44.000 arme Haushalte in der Stadt, starteten eine Kampagne zur Wassereinsparung und vermieden die systematischen Abschaltungen der Wasserversorgung in besetzten Häusern (Pigeon u.a., 2012). Transparenz und Rechenschaftspflicht wurden in der neuen Geschäftsführung von Eau de Paris verstärkt (Sinai, 2013). Die Stadt setzte ein Wasserbeobachtungskomitee ein, um das Engagement der Bürger bei Eau de Paris zu fördern. Die Beteiligung an der Entscheidungsfindung bedeutet, dass 11 Mitglieder des Verwaltungsrats von Eau de Paris Stadtverordnete sind, zwei sind Vertreter der Beschäftigten und fünf Vertreter der Zivilgesellschaft (einer aus dem Beobachtungskomitee, Wasser- und Abwasserexperten, ein Vertreter von Umweltinitiativen und einer vom Verbraucherschutz). Die frühere Vorsitzende der Geschäftsführung, Anne le Strat, sagte, dass das „Modell des Beobachtungskomitees ein neues Instrument für ein öffentliches Unternehmen ist, um einerseits unmittelbare Rückmeldungen von Bürgern zu erhalten und andererseits für Bürger, sich in die Strategie des Unternehmens Eau de Paris einzubringen.

Berlin, Deutschland

In 1999 wurden 49,9% der Anteile der Berlinwasser Holding AG (BWH) - der Eigentümer des Berliner Wasserversorgers Berliner

Wasserbetriebe (Anstalt des öffentlichen Rechts -BWB) – an ein Konsortium von RWE und Veolia verkauft. Der geheime Vertrag sah für das private Konsortium die Kontrolle über die Geschäftsführung der BWB durch die Bestimmung des Vorstandsvorsitzenden und des Finanzvorstands vor. Der Vertrag mit RWE und Veolia garantierte für die privaten Anteilseigner eine Rendite von 8% während 28 Jahren durch das Land Berlin. Der Vertrag war stark umstritten als er zu Unterinvestment und steigenden Preisen führte, eine Situation, die eine Volksabstimmung in 2011 für die Veröffentlichung der Vertragsinhalte auslöste. Der Vertrag war so unpopulär, dass in der Abgeordnetenhauswahl 2011, die Rekommunalisierung Teil der Wahlprogramme von drei der vier größten politischen Parteien war. Der Vertrag wurde durch den Rückkauf der RWE-Anteile durch das Land Berlin im April 2012 und der Veolia-Anteile in 2013 beendet. Dieser Prozess der vervollständigen Rekommunalisierung kostete die Steuerzahler 1,3 Milliarden für den Rückkauf, die in den nächsten 30 Jahren durch höhere Wassergebühren aufgebracht werden müssen. Diese finanziellen Lasten hinterlassen Zweifel in die Möglichkeit der nachhaltigen Betriebsführung trotz Rekommunalisierung.

Atlanta, USA

Gerade sechs Monate nach der Übernahme der Geschäfte beendete die ehemalige Bürgermeisterin von Atlanta Shirley Franklin den

Vertrag über eine 20-jährige Konzession mit United Water und der Stadt, also damit sechzehn Jahre früher wegen der Misswirtschaft des Unternehmens. United Water, eine Tochtergesellschaft von Suez ist eine der größten privaten Wassergesellschaften, die in den USA agieren. In den vier Jahren, in denen United Water die Wasserversorgung von Atlanta (1999/2003) betrieb, halbierten sie die Belegschaft, die Preise stiegen jedes Jahr. Die Wasserqualität verschlechterte sich so merklich, dass bei manchen Anlässen die Bewohner gezwungen waren, das Wasser abzukochen, weil wegen der ungenügenden Aufbereitung durch United Water, orange und braune Brühe aus den Wasserhähnen rann. Schließlich musste die Stadt ihre Inspektoren einsetzen, um die Arbeit von United Water zu überwachen, was die Stadt zusätzlich 1 Million Dollar kostete (Lobina und Corporate Accountability International, 2014).

Obgleich Veolia sich weiterhin seiner Leistungen in Indianapolis rühmt, erzählen ihre Prospekte für die Öffentlichkeitsarbeit nicht die ganze Geschichte. Während ihres Besitzes der

Indianapolis, USA

städtischen Wasserversorgung, begann in 2002 damit, dass der Mangel von Sicherheitsmaßnahmen zu einer Warnung, das Wasser abzukochen führte. Betroffen waren eine Million Menschen und es kam zu Ausfällen von Schultagen. Die nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte verloren ihre Pensionsansprüche. In 2005 untersuchte ein Schwurgericht Veolia's angeblich gefälschte Berichte über die Wasserqualität. Nach einigen Jahren Vertragslaufzeit verhandelte Veolia abseits der Öffentlichkeit und ohne Aufsicht der Indiana Regulierungskommission die Verträge neu. Veolia bedrohte die Stadt und trieb sie in eine Vereinbarung, 1,9 Millionen Dollar zusätzlich für entgangene Gewinne zu zahlen. Veolia trieb die Wasserrechnungen für die Einwohner auch systematisch in die Höhe, indem veranschlagte Verbrauchsraten, die auf dem Sommerverbrauch einkalkuliert wurden, ohne die Indiana Regulierungskommission für Betriebe zu informieren. Peter Kovacs, ein lokaler Rechtsanwalt, der eine Sammelklage für 250.000 Einwohner einreichte und sich auf die unmittelbare Unterstützung von Hunderten mehr berief sowie die mediale Aufmerksamkeit, bewegten die lokale Verwaltung dazu, das Problem anzugehen. Letztendlich musste die Stadt 29 Millionen Dollar Ausgleich an Veolia zahlen, um den zwanzig Jahresvertrag über ein Jahrzehnt früher zu beenden (Lobina und Corporate Accountability International, 2014).

Im Mai 1993 begann für ein Konsortium, das von Suez-Lyonnaise geleitet wurde, die 30-jährige Konzession für die

Buenos Aires, Argentinien

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung von Buenos Aires, Argentinien. Schon acht Monate später verlangte die dafür gegründete Betriebsführungsgesellschaft „Aguas Argentinas“ eine außerordentliche Überprüfung der Tarife wegen unvorhergesehener Verluste in der Geschäftsentwicklung. Obwohl eine Tarifierhöhung im Juni 1994 bestätigt wurde, wurde die Konzessionsvereinbarung in 1997 so grundlegend verändert, dass von den ursprünglichen Inhalten nicht mehr viel übrig blieb. Darin wurden nicht nur neue Gebühren eingeführt und die Tarife angepasst, sondern die Konzessionäre konnten sich auch darüber freuen, dass sie acht Monate länger Zeit erhielten, um die geplanten Investitionen umzusetzen. Außerdem wurden einige Investitionen, die ursprünglich vereinbart waren, verschoben oder sogar gestrichen. Von Mai 1993 bis Dezember 1998 war Aguas Argentina mit 57,9% der vereinbarten Investitionen in Höhe von 746,39 Mio. Dollar im Rückstand (Lobina, 2005). In 2004 begann die Verwaltung Vertragsverhandlungen, die vier Jahre dauerten. Nach immer größer werdenden Streitigkeiten kündigte die Verwaltung letztendlich den Vertrag und gründete eine öffentliche Gesellschaft AySA, um unverzüglich selbst die Verantwortung für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu übernehmen (Azapiazu und Castro, 2012).

Suez machte vor dem International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) Schadensersatz geltend. Einzelne Bürger, Verbände aus der Zivilgesellschaft und Gemeinden verklagten Suez vor den Argentinischen Gerichtshöfen wegen der schlechten Dienstleitungen.

Das neue öffentliche Wasserunternehmen AySA mit partnerschaftlicher Beteiligung (90% gehören dem Staat, 10% der Anteile halten die Gewerkschaften der Beschäftigten) hat positive Veränderungen bewirkt. Es investiert in die Belegschaft: Die Fortbildungszeiten wurden bedeutend erhöht, von 21.874 Stunden in 2006 auf 60.000 in 2009. Es gibt auch Anhaltspunkte dafür, dass AySA daran gearbeitet hat, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Hygiene zu entwickeln. Die Erhöhung der Wasseranschlussrate hat jedoch Priorität. So pumpete die staatliche Verwaltung mit einem Plan für die Armutsviertel seit 2009 Millionen in die Infrastruktur um alle an die Wasserversorgung anzuschließen. Ebenso wurde eine kreative Strategie entwickelt: Um die Einwohner in den Stadtvierteln mit niedrigem Einkommen in den Ausbau der Wasserversorgung einzubeziehen, wurden Arbeitergenossenschaften gegründet. So wurden 700.000 Wasserkunden angeschlossen (Azpiazu und Castro, 2012).

Tucuman, Argentinien

Der Vertrag wurde beendet, nachdem die Verbraucher wegen ernsthafter Mängel in der Dienstleistung die

Wasserrechnungen nicht mehr bezahlt haben. In 2007 verurteilte das ICSID Schiedsgericht Argentinien zu 105 Mio. US-Dollar statt 375 Mio. US-Dollar, die von Veolia (zuerst Vivendi) gefordert wurden, zu zahlen. Das lässt darauf schließen, dass die Multinationale Konzerne ihre Schadensersatzforderungen sehr hoch ansetzen, um in den Gerichtsverfahren und dem Verhandlungsprozess eine bessere Ausgangsposition zu haben.

In 2005 wurde der Vertrag von der Verwaltung wegen der schlechten Ausführung beendet. Die britische

Dares Salam, Tansania

Biwater reichte zwei Schadensersatzforderungen bei zwei verschiedenen internationalen Schiedsgerichten ein und verlor beide. Ein Fall (wegen der vorzeitigen Vertragsbeendigung) wurde unter den UNCITRAL-Regeln vor dem Hohen Gericht des Vereinten Königreichs Großbritannien verloren. Biwater wurde dazu verurteilt, 3 Mio. Pfund Schadensersatz zu zahlen, lehnte das jedoch ab (Iligon u.a., 2012). Sie verloren auch die Klage wegen Enteignung vor dem ICSID-Schiedsgericht, das feststellte, obwohl die Tansanische Regierung den zweiseitigen Investitionsschutzvertrag in vier voneinander unabhängigen Punkten (einschließlich die

unrechtmäßigen Enteignung von Vermögen des örtlichen Biwater Gemeinschaftsunternehmens City Water) verletzt hatte, das die Gesellschaft, die Schadensersatz forderte, jedoch keinen Anspruch darauf habe, weil der Wert der Investitionen zum Zeitpunkt der Enteignung Null war.

Almaty, Kasachstan

In 1999 gewann die französische multinationale Vivendi (nun Veolia) eine 30-Jahres Konzession für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Almaty. Die Konzession wurde wegen Nichteinigung auf die von Veolia geforderten Preiserhöhungen beendet und der Betrieb in 2003 rekommunalisiert. Die Forderungen waren doppelt so hoch, als die Regierung erwartet hatte und die sie akzeptiert hätte. Veolia forderte Preiserhöhungen von 0,08 US-Dollar je Kubikmeter in 1999 auf 0,12 US-Dollar in 2002 und auf 0,20 US-Dollar in 2005. Nach der Rekommunalisierung in 2005, stellte die staatliche Vodakanal 0,15 US-Dollar in Rechnung (Maslyukivska und Sohail).

Malaysia ist in einem Prozess der Re-Nationalisierung der Wasserversorgung (Pigeon u. a., 2012). In der Provinz

Kuala Lumpur, Malaysia

Selangor, in der Kuala Lumpur liegt, hat die Konzession Syabas, die zur privaten malaysischen Gesellschaft Puncak Niaga gehört. Nach der Vereinbarung mit der Muttergesellschaft Puncak Niaga muss Syabas jährlich an Puncak Betriebsführungsgebühren in Höhe von 8,4 Mio. MYR (ca. 2,6 Mio. US-Dollar) zahlen, ab 2005 sogar 32 Mio. MYR (9,8 Mio. US-Dollar). Syabas vergab 72% der Verträge mit einem Wert von 600 Mio. ohne offene Ausschreibung. Die von Syabas verlangten Tarife sind doppelt so hoch wie die des öffentlichen Wasserversorgers im Land Penang. Im September 2014 unterzeichneten die Landesregierung und die Staatsregierung eine Vereinbarung zur Restrukturierung der Selangor Wasserversorgung. Vier von drei Konzessionären, eingeschlossen die Puncak Niaga's Syabas sollen von Syarkat Air Selangor übernommen werden, die die neue staatliche Gesellschaft für Wasserbehandlung und -verteilung des größten Teils des Selangor Wassers werden soll.

Jakarta, Indonesia

In 1997 wurden zwei 25-Jahres Konzessionen an zwei Konsortien beziehungsweise an Tochterfirmen der multinationalen Konzerne Suez und der in Groß-Britannien angesiedelten Thames Water vergeben. Die beiden Konzessionen wurden wegen des undurchsichtigen Vergabeprozesses und der schlechten Betriebsführung sehr kontrovers diskutiert. Pam Jaya, die öffentliche Wassergesellschaft und die Regierung hatten zuletzt 590 Milliarden IDR (48,38 Mio. US-Dollar)

Schulden während der 16-jährigen Betriebsführung aufgehäuft. Die Schuldenzunahme entstand nicht aufeinander abgestimmte Zahlungsströme nach der Vereinbarung zwischen den privaten Unternehmen und der Regierung. In der Vereinbarung ist festgelegt, dass Pam Jaya an die privaten Betriebsführer eine Wasserabgabe zu zahlen hat, die sich alle sechs Monate erhöht, während die Wassertarife, die die Einwohner an die Provinzregierung zahlen, nicht erhöht werden können, weil die Wasserrechnungen ohnehin schon hoch sind. Das hat eine Situation hervorgebracht, in der Pam Jaya regelmäßig große Verluste macht. Die Wassertarife für haben sich die Kunden in Jakarta verzehnfacht, so dass sie mittlerweile die höchsten im gesamten Südosten Asiens sind. Der Widerstand der Bevölkerung und der Arbeiter gegen die Privatisierung wurde groß. Die Koalition der Jakarta Residents Opposing Water Privatisation (KMMSAJ) reichte in 2012 ein Bürgerbegehren ein, in dem das Zentrale Bezirksgericht von Jakarta aufgefordert wurde, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, mit der die Regierung die Beendigung der Konzession auferlegt wird. In 2013 kündigte der Gouverneur von Jakarta (mittlerweile Präsident von Indonesien), Joko Widodo, an, dass die Stadt die Anteile von Suez zurückkaufen will. Im März 2014, plante die Stadtverwaltung von Jakarta, dass der Eigenbetrieb JakPro die Anteile und die Konzession von Suez übernehmen sollten. KMMSAJ kritisierte diesen Plan, weil der private Vertrag dadurch weiterbestehen würde. Der Prozess ist zur Zeit der Erarbeitung dieser Broschüre noch am Laufen, aber es jetzt ist schon klar, dass sich das Flaggschiff der Wasserprivatisierung Jakarta als nicht nachhaltig herausgestellt hat (Jacobson, 2014).

Mosambik

In den späten 1980ern bis in die 1990er privatisierte Mosambik die staatseigenen Betriebe und die Wasserwirtschaft. In 1999 ging die Regierung eine Privat-Öffentliche Partnerschaft (PPP) mit Aguas de Mozambique (AdeM) für die Hauptstadt Maputo und vier der größten Provinzstädte Beira, Nampula, Quelimane und Pemba ein. Der Mehrheitsaktionär war Aguas de Portugal (AdP). Nach starken Regenfällen gab es in 2000 ein verheerendes Hochwasser. AdeM wollte die Tarife erhöhen, um Verluste auszugleichen. Obwohl die Regierung mit den nichterfüllten Vertragsverpflichtungen und Zielen der privaten Partner unzufrieden war, verlangten letztere wegen hoher Verluste Tariferhöhungen. Die Verträge in den vier Provinzstädten liefen 2008 aus und wurden nicht erneuert. Maputo hatte einen länger laufenden Vertrag, der ein vorzeitiges Ende in 2010 fand, als die Regierung über die öffentliche Beteiligungsgesellschaft FIPAG 73 % der Aktien kaufte. Mosambik zentralisierte die Wasserwirtschaft in der FIPAG und beendete damit endgültig die ein Jahrzehnt währende PPP. In 2005 startete die mosambikanische Regierung eine nicht-gewinnorientierte Wasser-Partnerschaft (WOP) mit Vitens

Evides International (VEI) aus den Niederlanden in vier kleinen Städten des Südens. Die Partnerschaft zielte darauf ab, autonome Wasserbetriebe in diesen vier Städten zu entwickeln, um erschwingliche und ausreichende Wasserversorgung für die Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Konzentration lag auf einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit der örtlichen Betriebsleitungen und Beschäftigten. Während es noch abzuwarten gilt, ob die Wasserbetriebe dauerhaft die Fähigkeiten haben, ein gutes Dienstleistungsniveau zu halten, wurden die WOP's auf acht weitere Städte im Staat ausgeweitet. Damit stellen sie einen ernstzunehmenden Ansatz zur Stärkung der lokalen Leistungsfähigkeit der Wasserversorgung dar.

Anhand einer kleinen Stadt in Katalonien kann anschaulich betrachtet werden welche Hinhaltetaktiken aber auch

Arenys de Munt, Spanien

Veränderungen private Konzessionäre hervorbringen, wenn Rekommunalisierung droht. In 2010 entschied der Stadtrat, die Konzession mit SOREA, einer Suez-Tochter, die die Wasserversorgung der Stadt seit 1999 betrieb, nicht zu verlängern. Während der politischen Debatten und nach der Entscheidung legte SOREA einige Verwaltungsbeschwerden ein, um die Ratsmitglieder einzuschüchtern. Zum Beispiel forderte SOREA die Niederschlagung der ungedeckten Investitionen und den Ausgleich für Schäden sowie für den Verlust von künftigen Gewinnen. Trotz dieser Taktiken begann die Stadt Arenys de Munt die Versorgung direkt in 2011 mit einer Organisationseinheit der städtischen Gesellschaft GUSAM (Gestió Urbanística y Servicios Arenys de Munt S.A.). Im ersten Jahr war es eine enorme Herausforderung, die Dienstleistungen neu aufzubauen und zu organisieren. Die regionale öffentliche Institution CONGAC (Integral Waste Management of Catalonia Consortium) spielte eine Schlüsselrolle in der Neuorientierung, indem sie die Nutzung der Labore für die Qualitätskontrolle und einen gemeinsamen Einkauf von Elektrizität angeboten haben. Diese Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft half dabei, die Erbringung der Dienstleistungen zu verbessern. So konnte ein Rabatt für die ersten 100 Liter pro Person und Tag eingeführt werden. Als Ergebnis sind nun die Tarife in Arenys de Munt um 31 % niedriger als der Durchschnitt in der Provinz Barcelona. Der neue öffentliche Betrieb Aigües de Arenys führte auch eine soziale Geschäftspolitik ein zur Sicherung des Zugangs zu dieser lebensnotwendigen Dienstleistung für die am meisten hilfsbedürftigen Familien (mit Einkommen unter dem Mindestlohn). Die Zusammenführung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung hat der Stadt ermöglicht, die Investitionen in das Wassernetzwerk zu erhöhen. Das hat auch dazu beigetragen, die Wassereffizienz von 57 % auf 67 % zu erhöhen. Die öffentliche Verantwortung hat zusätzlich die Dienstleistungsqualität erhöht und das Gemeinwohlinteresse in den Vordergrund gestellt.

Globale Liste von Rekommunalisierungen

Stand Oktober 2014

In den folgenden beiden Tabellen sind die Städte aufgeführt, die die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zwischen 2000 und 2014 rekommunalisiert haben. Die erste Tabelle listet die Städte in Staaten mit hohem Einkommen auf, in der zweiten Tabelle die Städte in Staaten mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Jede Tabelle enthält die Informationen über die Städte oder die weiteren geografischen Gebiete, die das Wasser rekommunalisiert haben, das Jahr, in dem die Entscheidung getroffen wurde, die private Gesellschaft, die die Dienstleistung vor der Rekommunalisierung erbracht hat, sowie den Status des Rekommunalisierungsprozesses. Diese Methode erlaubt uns, das Ausmaß und das Tempo der Wasserrekommunalisierung in verschiedenen Staaten zu bewerten, wie auch einen Vergleich zwischen dem globalen Norden und Süden vorzunehmen.

T Beendet
 E Vertrag ist ausgelaufen und nicht erneuert
 P Beendigung geplant
S Durch privaten Betreiber verkauft
 W Vom privaten Betreiber zurückgegeben

Hyperlinks zum Navigieren www.remunicipalisation.org
 Hyperlinks zum Navigieren in anderen Quellen

Tabelle 1 Staaten mit hohem Einkommen

	Country	City	Date	Company	Status
1	Belgium	Regional (Aquafin)	2004	Severn Trent	T S
2	Canada	Hamilton	2004	American Water	E
3	Canada	Hamilton	2006	Enron	
4	France	Briançon	2000	SAUR	T
5	France	Grenoble	2000	Suez	T
6	France	Neufchâteau	2001	Veolia	T
7	France	Venelles	2001	SAUR	E
8	France	Cherbourg	2002	Veolia	E
9	France	Lanvollon-Plouha	2002	Veolia/Suez	E
10	France	Castres	2003	Suez	T
11	France	Varages	2003	Suez	E
12	France	Embrun	2006	Veolia	E
13	France	Saint-Paul (La Réunion)	2006	Veolia	T
14	France	Châtelleraut/ Naintré	2007	Veolia	E
15	France	La Fillière	2007	Suez	E
16	France	Tournon-sur-Rhône	2007	SAUR	E
17	France	Belley	2008	Alteau	E
18	France	Digne-les-Bains	2009	Suez	E
19	France	Greater Rouen	2009	Veolia, Suez	E
20	France	Albi	2010	Suez	E
21	France	Annonay	2010	SAUR	E
22	France	Lacs de l'Essonne	2010	Veolia/Suez	E
23	France	Barousse Comminges Save	2010	SEM Pyrénées	T
24	France	Paris	2010	Veolia/Suez	E
25	France	Saint-Jean-de-Braye	2010	SAUR	E
26	France	Tarnos, Ondres, Boucau and St-Martin-de-Seignaux	2010	Suez	E

27	France	Bordeaux	2011	Suez	E
28	France	Évry Centre Essonne	2011	Suez	E
29	France	Jonzac	2011	Veolia	E
30	France	Montbéliard	2011	Veolia	T
31	France	Greater Nantes	2011	Veolia/Suez	E
32	France	Brest	2012	Veolia	E
33	France	Gâtine	2012	Suez	T
34	France	Muret	2012	Veolia	E
35	France	Saint-Malo	2012	Veolia	E
36	France	Saint-Pierre des Corps	2012	Veolia	E
37	France	Argenton-sur-Creuse	2013	Veolia	E
38	France	Capbreton	2013	Suez	E
39	France	Fleury les Aubrais	2013	SAUR	E
40	France	Nice	2013	Veolia	E
41	France	Rennes	2013	Veolia	E
42	France	Valence	2013	Veolia	E
43	France	Vernon	2013	Veolia	E
44	France	Aubagne / La Penne-sur-Huveaune	2014	Veolia	E
45	France	Blois	2014	Veolia	E
46	France	Capesterre-Belle-Eau (Guadeloupe)	2014	Veolia	E
47	France	Castelsarrasin	2014	SAUR	E
48	France	Courgent	2014	Suez	T
49	France	Fort de France - Lamentin - Saint Joseph – Schoelcher (Martinique)	2014	Suez/Veolia	E
50	France	Montpellier	2014	Veolia	E
51	France	Pays de Nay	2014	SAUR	E
52	France	Troyes	2014	Veolia	E
53	Germany	Krefeld	2005	RWE	T
54	Germany	Stuttgart	2010	EnBW	E
55	Germany	Solingen	2012	MVV Energie AG	T
56	Germany	Bielefeld	2012	Stadtwerke Bremen/Essent	T
57	Germany	Oranienburg	2012	Gelsenwasser	T
58	Germany	Berlin	2013	Veolia/RWE	T
59	Germany	Burg (Sachsen-Anhalt)	2014	Veolia	E
60	Germany	Rostock	2014	Remondis	P
61	Hungary	Kaposvar	2007	Suez	E
62	Hungary	Pecs	2011	Suez	T
63	Hungary	Budapest	2012	Suez	T
64	Italy	Reggio Emilia	2012	IREN	E
65	Italy	Varese	2012	a2a	T
66	Spain	Medina Sidonia	2003	Aqualia	T
67	Spain	Huesna (Alanís de la Sierra, Alcolea del Río, Almadén de la Plata, Brenes, Las Cabezas, Cantillana, Carmona, Cañada Rosal, Constantina, El Coronil, El Cuervo, El Madroño, Los Molares, Lebrija, Los Palacios y Vfca., El Pedroso, El Real de la Jara, Tocina, Vva. Del Río y Minas, El Viso del Alcor, San Nicolás del Puerto, Utrera)	2007	ACS	T

68	Spain	Figaró Montmany	2009	CASSA Group	T
69	Spain	Arenys de Munt	2011	SOREA (AGBAR)	T
70	Spain	Arteixo	2013	Aqualia (FCC)	T
71	Spain	La Línea de la Concepción	2013	Aqualia (FCC)	T
73	Spain	Alfes	2014	Aigües de Catalunya	W
74	Spain	Ermua	2014	Suez	T
75	Spain	Estella del Marqués	2014	Aqualia	T
76	Spain	Guadalcaçín	2014	Aqualia	T
76	Spain	Montornés del Vallès	2014	Familiar privada	P
77	Spain	Torreçera	2014	Aqualia	T
78	USA	Atlanta, GA	2003	Suez	T
79	USA	Angleton, TX (link)	2004	Veolia	T
80	USA	Plainfield, IN (link)	2004	United Water	T
81	USA	Laredo, TX	2005	United Water (Suez)	T
82	USA	Coxsackie, NY	2005	Veolia	T
83	USA	Jackson, AL	2005	Veolia	
84	USA	Pekin, IL (link)	2005	United Water	E
85	USA	East Aurora, NY	2005	Veolia	E
86	USA	Conroe, TX	2005	Veolia	T
87	USA	Demopolis, AL	2006	Veolia	E
88	USA	Five Star Water Supply District, AL	2006	Veolia	T
89	USA	Southern Water & Sewer District, KY	2006	Veolia	T
90	USA	North Brunswick, NJ	2006	United Water	T
91	USA	Logan, WV	2006	Veolia	E
92	USA	Petaluma (wastewater treatment), CA	2007	Veolia	E
93	USA	Houston (water treatment), TX (link)	2007	United Water (Suez)	T
94	USA	Karnes City, TX	2007	Veolia	E
95	USA	Winchester, NH	2008	United Water	T
96	USA	Stockton, CA (link, link)	2008	OMI-Thames Water	T
97	USA	Fairfield-Suisun (wastewater treatment) CA (link)	2008	United Water (Suez)	T
98	USA	Central Elmore Water & Sewer Authority, AL	2008	Veolia	
99	USA	Cave Creek, AZ	2008	American Water	E
100	USA	Horn Lake, MS	2008	Southwest Water	T
101	USA	Odem, TX	2008	Veolia	T
102	USA	Hayden, ID (link)	2009	Veolia	T
103	USA	Durham County, NC (link)	2009	United Water	T
104	USA	Burley (wastewater treatment), ID (link)	2009	Veolia	T
105	USA	Surprise, AZ	2009	American Water	E
106	USA	Biddeford, ME (link)	2009	CH2M Hill OMI	E
107	USA	O'Fallon, MO	2009	Alliance Water Resources	E
108	USA	Kline, PA (link)	2009	United Water	W
109	USA	North Adams, MA (link)	2010	United Water	T
110	USA	Overton, TX (link)	2010	Veolia	T
111	USA	Indianapolis, IN (link)	2010	Veolia	T
112	USA	Freeport, IL	2010	United Water	E
113	USA	Evansville, IN (link)	2010	American Water	E

114	USA	Gary, IN	2010	United Water	T*
115	USA	Liberty, MO	2010	CH2M Hill OMI	T
116	USA	Webb City, MO	2010	CH2M Hill OMI	E
117	USA	Skaneateles, NY	2010	Severn Trent	T
118	USA	Lampasas, TX	2010	CH2M Hill OMI	T
119	USA	Leander, TX	2010	Southwest Water	
120	USA	Whitesburg (water and wastewater), KY	2011	Veolia	T
121	USA	Brunswick -Glynn County, GA	2011	United Water	T
122	USA	Tama, IA (link)	2011	Veolia	T
123	USA	Schenectady (wastewater treatment), NY	2011	Veolia	T
124	USA	Plymouth (water and wastewater), NC (link)	2011	Veolia	E
125	USA	Manchester Township, NJ	2011	United Water	
126	USA	Summit City, NJ	2011	United Water	T
127	USA	New Albany (wastewater treatment), IN	2012	American Water	E
128	USA	Gladewater, TX	2012	Veolia	T
129	USA	Lanett AL	2012	Veolia	
130	USA	Barstow, CA	2012	United Water	E
131	USA	Coeburn, VA	2013	Veolia	T
132	USA	Weslaco, TX (link)	2013	CH2M Hill	T
133	USA	Cameron, TX	2013	Severn Trent	T
134	USA	Storm Lake, IA (link)	2013	Veolia	T
135	USA	Reidsville, NC	2014	United Water	T
136	USA	Oakland County, MI	2014	United Water	T

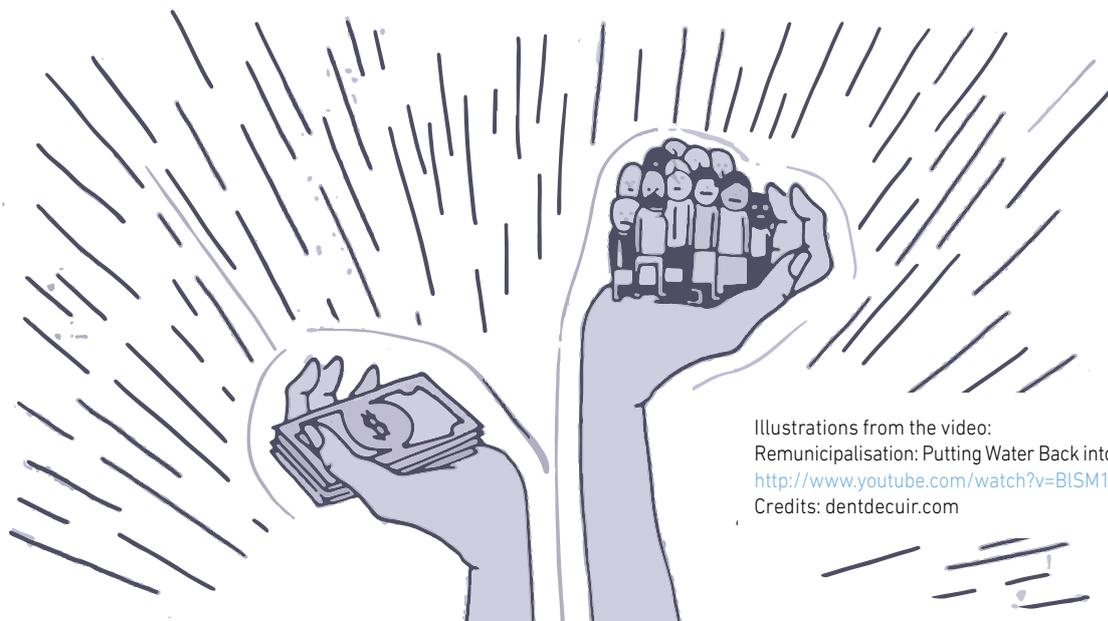
*City voted to terminate but then negotiated a "transition agreement" with the company to avoid paying \$450,000 in termination fees. So United Water could say the deal was not officially 'terminated'.

Tabelle 2 Staaten mit mittleren und niedrigen Einkommen

137	Albania	Albania	2007	Berlinwasser International	T
138	Argentina	Buenos Aires	2006	Suez	T
139	Argentina	Buenos Aires Province (74 cities)	2002	Enron	T
140	Argentina	Buenos Aires Province (Gran)	2006	Impregilo	T
141	Argentina	Santa Fe and Rosario	2006	Suez	T
142	Bolivia	Cochabamba	2000	Bechtel	T
143	Bolivia	La Paz/El Alto	2007	Suez	T
144	Cape Verde	National	2005	Aguas de Portugal	T S
145	Central African Republic	Bangui	2001	SAUR	T
146	China	Da Chang (Shanghai)	2004	Thames	W
147	China	Shenyang	2002	Suez	T
148	Colombia	Bogota (treatment plant)	2004	Suez	T
149	Colombia	Bogota (water supply)	2010	Gas Capital	T
150	Ghana	National	2011	Vitens, Rand Water	E
151	Guinea	Conakry and 16 other smaller urban centres	2003	SAUR and Veolia	W
152	India	Latur	2012	SPML (Shubash Projects and Marketing Ltd)	T
153	Jordan	Amman	2007	Suez	E

154	Kazakhstan	Ust-Kamenogorsk	2007	IR-Group	T
155	Kazakhstan	Almaty	2003	Veolia	T
156	Kazakhstan	Astana (bulk water supply)	2003	Veolia	W
157	Indonesia	Badung Bali	2013	Mahasara Buana, Intan Dyandra Mulya, Dewata Artha Kharisma	E
158	Lebanon	Tripoli	2007	Suez	E
159	Malaysia	Kuala Lumpur (Selangor state)	2014	Syabas, PNSB, SPLASH, ABASS	P
160	Malaysia	Indah Water Consortium (sanitation)	2001	Prime Utilities	S
161	Mali	Bamako	2005	SAUR	T
162	Morocco	Rabat-Salé region	2014	Redal (Veolia)	S
163	Morocco	Tanger-Tétouan	2014	Amendis (Veolia)	S
164	Mozambique	Beira, Nampula, Quelimane and Pemba	2008	Aguas de Mozambique (SAUR and Aguas de Portugal)	E
165	Mozambique	Maputo	2010	Aguas de Portugal	T
166	South Africa	Amahthali (Stutterheim)	2005	Suez	T
167	South Africa	Johannesburg	2006	Suez	E
168	South Africa	Nkonkobe (Fort Beaufort)	2002	Suez	T
169	Tanzania	Dar es Salaam	2005	Biwater	T
170	Turkey	Antalya	2002	Suez	T
171	Uganda	Kampala	2004	ONDEO	E
172	Ukraine	Lugansk	2012	Rosvodokoanal	T
173	Ukraine	Kirovograd	2008	Water Services, LLC	T
174	Uruguay	Maldonado Department	2006	Suez	T
175	Uruguay	Maldonado Department	2005	Aguas de Bilbao	T
176	Uzbekistan	Bukhara	2007	Veolia	T
177	Uzbekistan	Samarkand	2007	Veolia	T
178	Venezuela	Monagas State	2001	FCC	E
179	Venezuela	National	2002	Aguas de Valencia	T
180	Vietnam	Thu Duc	2003	Suez	T

Quellen: PSIRU, Food & Water Watch, Corporate Accountability International, Remunicipalisation Tracker



Illustrations from the video:
 Remunicipalisation: Putting Water Back into Public Hands
http://www.youtube.com/watch?v=BISM1TPm_k8
 Credits: dentdecuir.com

BIBLIOGRAFIE

- Book: *Remunicipalisation: Putting Water Back into Public Hands* (English, Spanish, Italian) edited by M. Pigeon, D.A. McDonald, O. Hoedeman, and S. Kishimoto. In-depth case studies (Paris, Hamilton, Buenos Aires, Dar es Salaam and Malaysia) are available at: <http://www.tni.org/briefing/remunicipalisation?context=599>
- 5-minute video animation (English, Spanish, French, Italian, Portuguese, German, Turkish, Greek) http://www.youtube.com/watch?v=BISM1TPm_k8
- Remunicipalisation tracker: Documentation of cases and campaigns on remunicipalisation around the world. www.remunicipalisation.org
- Azpiazu, D., Castro, J.E. (2012) Aguas Públicas: Buenos Aires in Muddled Waters. In Pigeon, M., McDonald, D.A., Hoedeman, O., and Kishimoto, S. (eds.), *Remunicipalisation: Putting Water Back into Public Hands*, 58-73. Amsterdam: Transnational Institute.
- Corporate Accountability International (2014) Troubled Waters: Misleading Industry PR and the Case for Public Water. White paper, http://www.stopcorporateabuse.org/sites/default/files/resources/cai_troubledwaters_whitepaper_webres.pdf
- Food & Water Watch (2010) The Public Works: How Remunicipalization of Water Services Saves Money, <http://documents.foodandwaterwatch.org/doc/Remunicipalization.pdf>
- Food & Water Watch (2010) Trends in Water Privatization: The Post-Recession Economy and the Fight for Public Water in the United States, <http://documents.foodandwaterwatch.org/doc/PrivatizationTrends.pdf>
- Hall, D. (2012) Re-municipalising Municipal Services in Europe. PSIRU Report commissioned by the European Federation of Public Service Unions (EPSU), May (revised November) (<http://www.psiru.org/sites/default/files/2012-11-Remun.docx>).
- Jacobson, P. (2014) Hints of Widodo's approach, Asia Times Online, 8 July 2014 (http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/SEA-02-080714.html).
- Lobina, E. and Hall, D. (2013) Water Privatisation and Remunicipalisation: International Lessons for Jakarta. PSIRU Reports, prepared for submission to Central Jakarta District Court Case No. 527/Pdt.G/2012/PN.Jkt. Pst, November, <http://www.psiru.org/sites/default/files/2014-W-03-JAKARTANOVEMBER2013FINAL.docx>
- Lobina, E. and Hall, D. (2007) Experience with private sector participation in Grenoble, France and lessons on strengthening public water operations, *Utilities Policy*, 15: 93-109.
- Lobina, E. (2005) Problems with Private Water Concessions: A Review of Experiences and Analysis of Dynamics, *International Journal of Water Resources Development*, 21(1): 55-87.
- Maslyukivska, O. and Sohail, M. (n.d.) Public sector delays in Kazakhstan, the case of Almaty Sui. In *Existing constraints in the Europe and CIS region*. Material prepared for UNDP, http://europeandcis.undp.org/files/uploads/PPP/05_Constraints.pdf
- Sinai, A. (2013) L'eau à Paris: retour vers le public. July, Paris: Eau de Paris, http://www.eaudeparis.fr/uploads/tx_edpevents/LivreRemunicipalisation_01.pdf
- Hall, D., Lobina, E. and Terhorst, P. (2013) Re-municipalisation in the early 21st century: Water in France and energy in Germany, *International Review of Applied Economics*, 27(2): 193-214.



MULTINATIONALS
OBSERVATORY

PSIRU

Die deutsche Ausgabe wurde
in Zusammenarbeit mit:



Contact details and websites

Transnational Institute: Satoko Kishimoto satoko@tni.org
<http://www.tni.org>

Multinationals Observatory: Olivier Petitjean opetitjean@multinationales.org
<http://multinationales.org/>

Public Services International Research Unit, University of Greenwich: Emanuele Lobina E.Lobina@greenwich.ac.uk
<http://www.psiru.org/>

Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V.: Christa Hecht hecht@aoew.de
<http://www.aoew.de>